

**Zählergemeinschaft
19406 Sternberg
Hinter der Kirche 1**

Sternberg, den 03.09.2024

**An :
Bürgervorsteher Herrn Eckhardt Fichelman**

Betr. : Vorschlag für die Funktion als Gleichstellungsbeauftragten

Unser Vorschlag für die Funktion des Gleichstellungsbeauftragten nach dem Rücktritt von Frau Antje Kühl lautet Frau Marina Schmuhl. Sie ist Mitglied unserer Zählergemeinschaft. Das Einverständnis von Frau Marina Schmuhl auf unseren Vorschlag besteht.

Wir bitten um Kenntnisnahme und Rückinformation.

Mit freundlichen Grüßen,


Unger
Fraktionsvorsitzender

2

ANTRAG

der Fraktion der AfD in der Sternberger Stadtvertretung

Gemeinschaftsunterkunft in Dabel im Interesse der Region und der Stadt Sternberg stoppen

Die Stadtvertretung Sternberg möge beschließen:

- I. Die Stadtvertretung stellt fest:
 1. Die Migrationspolitik von Bund und Ländern hat zu einem umfassenden Vertrauensverlust in die Handlungsfähigkeit des Staates geführt. Immer mehr Kommunen Mecklenburg-Vorpommerns sind von der Unterbringungsproblematik des illegalen Zugangsgeschehens betroffen. Durch die Ankündigung einer Großunterkunft in der Gemeinde Dabel ist nun auch direkt das Sternberger Seenland ein Schauplatz für eine Politik, die von vielen Bürgern der Region in dieser Form nicht mehr akzeptiert wird. Die Stadtvertretung lehnt eine Gemeinschaftsunterkunft in Dabel ab.
 2. Entgegen einer demokratischen Kultur, die Willensbildung vor Ort möglichst aktiv einbindet, wurden sowohl der Protest der Bürger in Dabel selbst als auch ablehnende Beschlüsse der Dabeler Gemeindevertretung von den Verantwortlichen des Landkreises und der Landesregierung zurückgewiesen oder ignoriert. Als Stadtvertretung solidarisieren wir uns mit allen Bürgern der Region, die ihre berechtigten Sorgen artikulieren und echte Mitsprache bei weitreichenden Entscheidungen in der Migrationspolitik einfordern.
 3. Der deutsche Landkreistag hat in einem Positionspapier (02.09.24) betont, dass sowohl das nationale Asylrecht als auch das internationale Flüchtlingsrecht „unter einem Notstandsvorbehalt“ stehen und eine strikte Begrenzung der illegalen Migration erforderlich ist. Die Stadtvertretung begrüßt ausdrücklich die vorgeschlagenen Maßnahmen des Forderungskatalogs des deutschen Landkreistages für „eine grundsätzlich andere Migrationspolitik“.
- II. Die Stadtvertretung ersucht den Bürgervorsteher und seine beiden Stellvertreter,

in einem gemeinsamen Brief die Position der Stadtvertretung zur geplanten Gemeinschaftsunterkunft in Dabel an die Dabeler Gemeindevertretung, den Dabeler Bürgermeister, den Landkreis und das Innenministerium offiziell mitzuteilen.

III. Die Stadtvertretung fordert die Bürgermeisterin auf,

1. sich beim Landkreis und der Landesregierung dafür einzusetzen, dass die Pläne für eine Großunterkunft in Dabel gestoppt werden;
2. die inhaltliche Grundausrichtung des Positionspapiers des deutschen Landkreistages bei Gesprächen auf Landkreisebene zu unterstützen und sich als gewählte Delegierte der Stadt Sternberg beim Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern für eine grundsätzliche Migrationswende im Sinne des Positionspapiers einzusetzen.

Jan-Phillip Tadsen und Fraktion

Begründung:

Die Migrationspolitik von Bund und Ländern der vergangenen Jahre hat in eine echte Vertrauenskrise gegenüber den politischen Verantwortlichen geführt. Aufgrund eines weiterhin stark anhaltenden Zugangsgeschehens sind die Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom Innenministerium angehalten worden, ihre Unterbringungskapazitäten deutlich auszuweiten. Dies führte jüngst dazu, dass nun auch im Amt Sternberger Seenlandschaft eine Großunterkunft in der Gemeinde Dabel entstehen soll. Ein breiter Bürgerprotest gegen diese Pläne hält bis heute an und kritisiert in erster Linie die Alternativlosigkeit des administrativen Vorgehens sowie die fehlender der Einbindung der betroffenen Kommunen. Die Errichtung einer solchen Einrichtung hat direkte Auswirkungen auf die Stadt Sternberg selbst und wird von vielen Bürgern unserer Stadtgesellschaft sehr kritisch gesehen.

Allgemein ist darüber hinaus festzuhalten, dass insbesondere in den Bereichen Integration, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit eine krisenhafte Verschleppung notwendiger politischer Antworten auf faktenbasierte Probleme zu beobachten ist. Die Dabeler Großunterkunft mit einer Gesamtkapazität von über 500 Plätzen ist aufgrund von kriminalstatistisch erwiesener Überrepräsentation junger arabischer Männer ein Sicherheitsrisiko für die Region. Sie ist ein weiteres Beispiel dafür, dass die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft nicht mehr funktioniert. Der Vollzug geltenden Rechts vor allem mit Blick auf europarechtliche Zuständigkeiten (kaum noch erfolgreiche Dublin-Verfahren) und Durchsetzung der Ausreisepflicht (massives Scheitern angesetzter Abschiebungen) ist mangelhaft und befördert die allgemeine Entfremdung gegenüber der Handlungsfähigkeit unseres Rechtsstaats. Die Sternberger Stadtvertretung sollte diese Fakten zum Anlass nehmen, die angeblich alternativlosen Pläne des Landkreises für die Dabeler Großunterkunft als ein Einknicken gegenüber dem migrationspolitischen Politikversagen von Bundes- und Landesregierung zu bewerten.

Das Sicherheitspaket der Bundesregierung in Reaktion auf den Terroranschlag von Solingen ist in Teilen zu begrüßen, aber in der Gesamtschau absolut unzureichend. Zur wirksamen Bekämpfung unerlaubter Einreisen ist die Ausrufung eines migrationspolitischen Notstands für ganz Deutschland vonnöten. In Folge dessen liegt es im Interesse der Region und der Stadt Sternberg, umfangreiche Zurückweisungen bei unerlaubten Einreiseversuchen an den deutschen Grenzen zu ermöglichen. Mit unserem Antrag fordern wir in erster Linie und in diesem Sinne den Bürgervorsteher und die Bürgermeisterin der Stadt Sternberg dazu auf, sich der Intention des umfassenden Positionspapiers des deutschen Landkreistages anzuschließen und damit die Interessen der Stadt selber und auch der Region offensiv zu vertreten.